

„Immenser Nachholbedarf“

Informationsabend zum Thema Kleinkindbetreuung

Elzach (mkt). „Frühkindliche Bildung – Nutzen oder eher Schaden für das Kind?“ Diese und weitere Fragen wurden beim Informations- und Diskussionsabend der Freien Wähler Elzach vergangene Woche gestellt. **Fazit: In Baden Württemberg besteht ein immenser Nachholbedarf.**

Bis zum Jahr 2013 fehlten allein in Baden Württemberg etwa 40.400 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, die ab dem 1. August 2013 einen Rechtsanspruch darauf haben. Würden alle Eltern diesen Anspruch geltend machen, würde das System kollabieren. Dies berichtete Christiane Dürr, Fachreferentin des Gemeindetages Baden Württemberg, die auf Einladung der Freien Wähler ins Haus des Gastes nach Elzach gekommen war. Gekommen waren außerdem die Bürgermeister Urban Singler (Gutach) und Josef Ruf (Biederbach),

Kreisrat Lambert Fehrenbach aus Simonswald, etliche Gemeinde- und Ortschaftsräte aus dem Zwei-Täler-Land, Lehrer und Erzieherinnen, aber nur wenige „Betroffene“: nämlich Eltern. Dass diese sich an diesem Abend etwas rar gemacht hatten, enttäuschte auch Joachim Disch, Vorsitzender der Freien Wähler Elzach. Schließlich sei das Thema frühkindliche Betreuung und Bildung ein brennendes. Einen „Pakt für Familien mit Kindern“ habe die grün-rote Koalition des Landes in ihren Koalitionsvertrag geschrieben, so Dürr. Zwei Schwerpunkte gebe es: den Ausbau der Kleinkindbetreuung und die verbindliche Einführung des Orientierungsplans. 34 Prozent aller Kinder ab dem ersten Lebensjahr sollen demnach ab August 2013 einen Betreuungsplatz finden. Das könne in vielen Kommunen individuell verschieden sein: In Ballungszentren wie Stuttgart werde

der Bedarf vermutlich weit höher sein als in ländlichen Regionen. Doch den Bedarf vor Ort zu ermitteln, sei eine der spannendsten Fragen.

Das Versäumte der vergangenen Jahre sei nur schwer aufzuholen. „Wir sind das Schlusslicht im Abrufen von Bundesmitteln für den Ausbau der Kleinkindbetreuung“, verdeutlichte Dürr. Allein für den Ausbau der Kleinkindbetreuung würden bis 2013 rund 700 Millionen Euro benötigt. Auch die Kommunen kämen in Zugzwang: Viele Kindergärten seien für die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren nicht ausgestattet. 7.500 zusätzliche Erzieherinnen seien bis 2013 erforderlich. Die bereits vorhandenen müssten für ihre neuen Aufgaben im Umgang mit Kleinstkindern neu geschult werden.

„Wir stehen vor großen Herausforderungen, aber es lohnt sich, sie anzunehmen“, sagte Dürr.